



*Hermine Vidovic, Vasily Astrov, Edward Christie, Doris Hanzl-Weiss,
Mario Holzner, Sebastian Leitner and Waltraut Urban*

Western Balkans: Employment in the Gas and Electricity Sectors

German Summary

For the whole report (in English language) see

<http://www.wiiw.ac.at/modPubl/download.php?publ=RR370> (free download)

The report was drafted by an expert team of the Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw) consisting of Vasily Astrov, Edward Christie, Doris Hanzl-Weiß, Mario Holzner, Sebastian Leitner, Waltraut Urban and Hermine Vidovic. The authors drew upon background material and interviews conducted among the main stakeholders of the electricity and gas sectors in the Western Balkan contracting parties by a team of local experts: Arsena Gjipali, University of Tirana, Albania; Samra Prasovic, Centre for Economic, Technological and Environmental Development, Sarajevo, Bosnia and Herzegovina; Zoran Kisic and Nenad Balazin, Ekonerg, Institute of Energy Research and Environment Protection Ltd., Zagreb, Croatia; Avdullah Hoti, University of Prishtina, Kosovo; Silvana Mojsavska, University St. Cyril and Methodius, Skopje, Macedonia; Vojin Golubovic, Institute for Strategic Studies and Prognosis, Podgorica, Montenegro; Dusan Pavlovic, Faculty of Political Science, University of Belgrade, Serbia.

This study was financed by the European Commission, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion (Service Contract no. VC/2009/0225) who is the copyright owner. The opinions expressed are those of the authors only and do not represent the Commission's official position.

Zusammenfassung

Der Gas- und Elektrizitätssektor der Vertragsparteien der Energiegemeinschaft auf dem westlichen Balkan (Western Balkan contracting parties of the Energy Community) zeichnet sich durch eine Infrastruktur aus, die großteils veraltet ist, ungenügend instandgehalten wird und zusätzlich durch die Kriege der 1990er-Jahre schwer beschädigt wurde. Die Effizienz beider Sektoren ist niedrig, das Risiko technischer Ausfälle beträchtlich. Der heimische Gasmarkt ist im Allgemeinen unterentwickelt, Albanien, Montenegro und Kosovo (unter UN-Verwaltung) sind nicht an die Gasversorgung angebunden. Erdgas ist im Durchschnitt eine weit weniger wichtige Energiequelle als etwa Kohle (vor allem Braunkohle) und Erdöl. Trotzdem sind die Westbalkanländer stark von Erdgasimporten aus Ländern außerhalb der Region abhängig, speziell von Russland; diese Abhängigkeit wird angesichts des vorausgesagten Rückgangs der lokalen Erdgasproduktion in Zukunft noch zunehmen. Was die Stromerzeugung betrifft, so sind in vier Ländern der Region – Serbien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Kosovo (unter UN-Verwaltung) – mit Braunkohle beheizte Wärmekraftwerke die Hauptquelle für Elektrizität; im Unterschied dazu wird in Kroatien, Montenegro und Albanien Strom hauptsächlich aus Wasserkraft gewonnen. Keines der untersuchten Länder betreibt ein Kernkraftwerk; die künftige Entwicklung des Kohlesektors wiederum wird voraussichtlich durch EU-Emissionsziele beschränkt werden. Die hohen Verluste bei der Umwandlung, Übertragung und Verteilung schlagen sich in geringer Zuverlässigkeit der Stromversorgung und fallweisen Engpässen nieder, in erster Linie in Albanien. Die lokalen Elektrizitätsmärkte sind im Allgemeinen von einem einzigen Stromerzeuger (meist in Staatsbesitz) dominiert, der zu niedrig gehaltenen regulierten Tarifen liefert, die charakteristischerweise nicht zur Kostendeckung neuer Investitionen ausreichen.

Die Energiegemeinschaft, deren Vertrag am 1. Juli 2006 in Kraft trat, dient als Instrument zur Schaffung eines integrierten Energiemarktes für die EU auf der einen und die Vertragsparteien, sieben Staaten und Hoheitsgebiete auf dem westlichen Balkan, auf der anderen Seite. Die Energiegemeinschaft hat das Ziel, die Vertragsparteien in die EU-Energiemärkte einzubinden, indem Letztere den *Acquis communautaire* bezüglich netzgebundener Energie umsetzen, der Gesetzgebungen des zweiten Pakets zum EU-Energiebinnenmarkt (EU Second Internal Energy Market Package) enthält. Dies zieht die Entflechtung der früheren vertikal integrierten Versorgungsunternehmen nach sich, um Infrastruktur und Serviceleistungen zu trennen, die Schaffung eines diskriminierungsfreien Zuganges zu Netzen für alle Energieproduzenten, die Einrichtung einer Regulierungsbehörde und die schrittweise Öffnung der Märkte; all diese Schritte werden derzeit umgesetzt oder wurden von den Vertragsparteien bereits unternommen. Der Gas- und Strommarkt wurde für alle Nichthaushaltskunden am 1. Jänner 2008 geöffnet, die Öffnung für alle Kun-

den wird am 1. Jänner 2015 stattfinden (mit Ausnahme Kroatiens, wo dieser Schritt bereits am 1. Juli 2008 erfolgte). Ganz allgemein ist Kroatien – aufgrund seines nahenden EU-Beitritts – in der Umsetzung des Acquis bei weitem fortgeschrittener als die übrigen Vertragsparteien; generell ist der Fortschritt im Elektrizitätssektor größer als jener im Gassektor.

Die bislang vorliegenden Beschäftigungszahlen sowie die Ergebnisse der Interviews mit Firmen und Gewerkschaften im Gas- und Elektrizitätssektor deuten auf nur geringfügige Jobverluste – vor allem in der Produktion und der Verteilung – seit 2004 hin. Der Anteil weiblicher Beschäftigter fiel im Elektrizitätssektor, stieg hingegen im Gassektor: Männer waren vom Stellenabbau also stärker betroffen.

Mit Ausnahme Kroatiens zeigen alle Vertragsparteien auf dem Westbalkan einen Rückgang des Anteils der höchsten Altersgruppe an der Beschäftigung im Elektrizitätssektor, während die Beschäftigung im Gassektor – mit einem schrumpfenden Anteil der jüngsten und einem steigenden Anteil der ältesten Altersgruppe – dem EU-Muster ähnelt.

Die Verteilung der Beschäftigten im Elektrizitätssektor nach Qualifikationen hat sich in den letzten Jahren nur geringfügig geändert. Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten hat Sekundärbildung; dies ist bedeutend weniger als in den neuen EU-Mitgliedstaaten, wo dieser Anteil bei rund zwei Dritteln liegt. Der Anteil der Beschäftigten mit höchstem Bildungsniveau ist leicht gestiegen (in absoluten Zahlen jedoch gesunken). Im Gegensatz dazu kam es im Gassektor zu einer deutlichen Aufwärtsverschiebung in Richtung hochqualifizierter Beschäftigter, während der Anteil jener mit Sekundärbildung deutlich fiel. Der Anteil der weniger qualifizierten Beschäftigten verzeichnete einen Rückgang, was bedeutet, dass die Jobverluste vor allem auf Kosten der gering qualifizierten Arbeitskräfte gingen.

Die Löhne im Energiesektor sind tendenziell höher als die Durchschnittslöhne, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern. In Bosnien und Herzegowina, Serbien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien übersteigen die Löhne im Energiesektor den nationalen Durchschnitt um 40 Prozent, in Montenegro um rund 30 Prozent. Nur in Kroatien ist der Unterschied zwischen Durchschnittslöhnen und Löhnen im Energiesektor deutlich geringer als in den restlichen Vertragsparteien des westlichen Balkans.

Daten aus den nationalen statistischen Quellen zeigen einen nur schwachen Rückgang der Beschäftigung im Gas- und Elektrizitätssektor, was auf einen niedrigen Umstrukturierungsgrad hindeutet. Dies steht im Gegensatz zu den Umfragen unter Firmen und Gewerkschaften, nach denen im Elektrizitätssektor ein großer Teil der Beschäftigungsumstrukturierung in den meisten Westbalkanländern bereits stattgefunden hat, in Kroatien und Serbien halb abgeschlossen ist und nur in Montenegro noch bevorsteht. Im Gassektor

jedoch ist laut den Umfragen ein substantieller Umstrukturierungsprozess bisher nur in Kroatien erfolgt. Im Allgemeinen gehen sowohl Firmen- als auch Gewerkschaftsvertreter davon aus, dass es in Zukunft nur mäßige Arbeitsplatzkürzungen geben wird. Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmervorteiler glaubt, dass weibliche Beschäftigte nicht unter dem Stellenabbau leiden werden, während der Rest erwartet, dass gerade Frauen am stärksten betroffen sein werden. Ältere Arbeitnehmer könnten nach Ansicht von zwei Dritteln der Befragten (stark) von Stellenkürzungen infolge der Umstrukturierung bedroht sein.

Die überwältigende Mehrheit der Befragten erwartet, dass als Folge der Marktliberalisierung neue Qualifikationen erforderlich sein werden, im Speziellen technische Qualifikationen, weiters solche im Bereich Finanzen und rechtliche Aspekte sowie Marketing und Verkauf. Im Allgemeinen wird von einer Verschiebung in Richtung hochqualifizierter Arbeitskräfte ausgegangen.

In allen Vertragsparteien auf dem westlichen Balkan mit Ausnahme Albanien und des Kosovo (unter UN-Verwaltung) sind zwischen 90 und 100 Prozent der Beschäftigten Mitglieder einer Gewerkschaft, und zwar sowohl im Gas- als auch im Elektrizitätssektor. Für fast alle Beschäftigten gelten Kollektivverträge, die aufgrund des Fehlens von Arbeitgeberverbänden auf Unternehmensebene abgeschlossen werden.

Die Arbeitseffizienz in den Westbalkanländern ist sehr niedrig, sogar im Vergleich mit jenen neuen EU-Mitgliedstaaten, die ähnliche Produktionstechnologien verwenden. Im Durchschnitt müssten die Gas- und Elektrizitätsunternehmen des Westbalkans die Zahl der Beschäftigten um fast die Hälfte reduzieren, um dasselbe Niveau an Effizienz zu erreichen wie die Firmen in den neuen Mitgliedsländern. Diese Zahl muss allerdings als oberes Limit gesehen werden: es war nicht möglich, auf die spezifische Struktur der jeweiligen Sektoren detailliert Rücksicht zu nehmen in Hinsicht auf Produktionsquellen. Nichtsdestoweniger zeigt die Analyse, dass die Elektrizitäts- und Gassektoren der Westbalkanländer zu den am wenigsten effizienten in Europa gehören und dass künftige Liberalisierung im Zuge des EU-Beitrittsprozesses zusätzlichen Druck auf die lokalen Arbeitsmärkte ausüben wird, wenn auch manche der verlorengegangenen Arbeitsplätze in anderen Sektoren neu entstehen werden als Folge von Auslagerungen.

Die Umstrukturierung im Energiesektor der Vertragsparteien auf dem Westbalkan wird voraussichtlich nicht nur quantitative Effekte in Hinsicht auf das Beschäftigungsniveau haben, sondern auch Auswirkungen auf die qualitativen Aspekte der Arbeit. Eine Analyse der Effekte der Liberalisierung seit 2005 zeigt einen Anstieg im arbeitsbedingten Stressniveau, aber keine klaren Auswirkungen auf andere qualitative Aspekte, wie z.B. berufsbedingte Erkrankungen. In rund einem Drittel der Fälle wird von einer Verringerung von arbeitsbedingten Unfällen im genannten Zeitraum berichtet. Ungefähr die Hälfte aller Unternehmen

und auch der Gewerkschaftsvertreter, die für die wiw-Studie interviewt wurden, berichten eine Verbesserung der Mitarbeiterzufriedenheit im Vergleich zum Jahr 2005. Ein Grund für dieses Ergebnis könnte allerdings die Tatsache sein, dass es in einigen der Westbalkanländer bis jetzt nicht zu den befürchteten Arbeitsplatzkürzungen gekommen ist. Ein Instrument, um mit den sozialen Folgen der Umstrukturierung umzugehen, sind die sozialen Aktionspläne (Social Action Plans, SAPs), die von den Westbalkan-Vertragsparteien gemeinsam mit den Sozialpartnern und Interessenvertretern entworfen wurden. Diese SAP sollen als „Roadmap“ für die Koordinierung und Förderung eines sozialen Dialogs, von Trainings- und unterstützenden Maßnahmen für Beschäftigte, die von Umstrukturierungen betroffen sind, und zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen dienen. Allerdings beinhalten viele SAP eher allgemeine Ziele anstelle detaillierter Maßnahmen, die mit einem konkreten Zeitplan verbunden wären. Mindestens zwei Drittel der für die wiw-Studie befragten Gewerkschaften berichteten, dass sie aktiv an der Gestaltung der SAP beteiligt waren. Sie erwarten, dass der Prozess der Umsetzung schließlich in eine Verbesserung von Unternehmensmaßnahmen bezüglich Age-Management (z.B. Vorruhestandsregelungen), Gesundheits-, Sicherheits- und Umschulungsmaßnahmen sowie Gleichstellungsmaßnahmen zur Förderung von Frauen mündet.

Die Umstrukturierung auf Unternehmensebene beinhaltet die rechtliche Entflechtung der früheren vertikal integrierten Versorgungsunternehmen in den Westbalkan-Vertragsparteien. Während der Prozess der rechtlichen Entflechtung im Elektrizitätssektor weit fortgeschritten ist, hinkt er im Gassektor hinterher (mit Ausnahme Kroatiens). Fusionen und Übernahmen (zu denen es im Zuge der Liberalisierung in den europäischen Ländern kam) hatten in den Vertragsparteien in den letzten zehn Jahren ein überschaubares Ausmaß. Für die Zukunft sind einige Aktivitäten geplant, vor allem in den kommenden beiden Jahren und auf den Gassektor abgezielt. Was die Privatisierung betrifft, so gab es drei wichtige Privatisierungsfälle in der Region, einer davon im Jahr 2006, die anderen zwei im Jahr 2009. Diese Abschlüsse beinhalteten den Zufluss an ausländischem Kapital (Österreichs EVN in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Tschechiens CEZ in Albanien, Italiens A2A in Montenegro). Insgesamt arbeiten rund 85 Prozent der im Elektrizitätssektor Beschäftigten und 71 Prozent jener im Gassektor in Unternehmen, die sich mehrheitlich in Staatsbesitz befinden. Für die Zukunft erwartet rund ein Fünftel der Befragten weitere Privatisierungen, aber diese werden vermutlich erst längerfristig und verstärkt im Elektrizitätssektor auftreten. Hinsichtlich der Umstrukturierung auf Unternehmensebene sind zwei Drittel der Firmen, die künftige Beschäftigungskürzungen erwarten, gut vorbereitet und haben über die Umstrukturierungspläne in ihren Firmen bereits entschieden bzw. diskutieren derzeit darüber. Gespräche mit Gewerkschaften waren in diesem Prozess eher selten.



Der Prozess der Umstrukturierung auf Unternehmensebene bringt auch Auslagerungen (Outsourcing) mit sich, zu denen es kommt, wenn eine bestimmte Aktivität nicht mehr innerhalb der Firma geleistet wird und stattdessen von einer anderen Firma zugekauft wird. Auslagerungen sind ein wichtiger Faktor und werden dies künftig im Gas- und im Elektrizitätssektor weiterhin bleiben, wenn sie auch bis jetzt im Gassektor von größerer Relevanz sind. Dies betrifft vor allem die Auslagerung von Randaktivitäten wie etwa Catering, Reinigung und IT-Diensten. In der Zukunft könnten der weiteren Auslagerung von gewissen Kernaktivitäten (Wartung von Vertriebsnetzen, Kundendienst usw.) in beiden Sektoren gewisse Grenzen gesetzt sein, während die Auslagerung von Randaktivitäten weiter ansteigen kann. Die derzeitigen und künftigen Auswirkungen der Auslagerungen auf die Beschäftigung werden (mit nur wenigen Ausnahmen) sowohl von Unternehmen als auch von Gewerkschaften als relativ geringfügig eingestuft.